

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16958

"Zukunftsplan für den bayerischen Handel"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16958 vom 17.05.2017
2. Beschluss des Plenums 17/17032 vom 18.05.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 104 vom 18.05.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Zukunftsplan für den bayerischen Handel

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über einen Zukunftsplan für den bayerischen Handel zu berichten.

In diesem Bericht sollen insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:

1. Wie trägt die Staatsregierung dazu bei, um die Arbeitsplätze der Beschäftigten im bayerischen Handel zukunftsfest zu machen?
2. Welche Maßnahmen ergreift sie, um die technologische Herausforderung durch den Online-Handel meistern zu können?
3. Mit welchen Maßnahmen will sie dem stationären Einzelhandel insgesamt, vor allem in den Innenstädten, eine Zukunft ermöglichen?
4. Mit welchen Maßnahmen will sie ein ausreichendes und qualitativ hochwertiges Handelsangebot in vielen Orten des ländlichen Raums gewährleisten?
5. Mit welchen Beratungs-, Kooperations- und innovativen Förderangeboten unterstützt sie den Handel?
6. Welche Initiativen ergreift sie, um einen Dialogprozess zur Erhöhung der Tarifbindung anzustossen?
7. Ist die Staatsregierung bereit, eine Qualifizierungsinitiative mit zu starten, die für die Beschäftigten Zukunftsperspektiven bietet?
8. Ist die Staatsregierung bereit, im Gespräch mit den Arbeitgebern und den Gewerkschaften einen Beschäftigungspakt für den Handel auf den Weg zu bringen, der die gravierenden Probleme wie Personalknappheit, unfreiwillige Teilzeitbeschäftigungen oder drohende Altersarmut dienstleistender Handelsberufe moderierend aufgreift, gemeinsame tragfähige Lösungskonzepte erarbeitet, beschließt und umsetzt?

9. Welche zusätzlichen marktwirtschaftlichen Mittel sind neben Kreditprogrammen, der Regionalförderung sowie der Förderung der Aus- und Weiterbildung erforderlich, um den Herausforderungen des bayerischen Einzelhandels durch E-Commerce begegnen zu können?
10. Welche innovativen Instrumente und Maßnahmen sind erforderlich, die stark mittelständig geprägte Branche beim derzeit stattfindenden Strukturwandel und härter werdenden Wettbewerb stabilisierend zu unterstützen?

Begründung:

Die aktuellen Kundgebungen zu den Tarifverhandlungen im bayerischen Handel sind Ausdruck einer dramatischen Entwicklung. Während auf der einen Seite insbesondere große Konzerne wachsen und große Gewinne machen, haben viele kleinere und mittlere Betriebe der Branche massive Probleme, sich den Herausforderungen des Online-Handels stellen zu können. Der wachsende Online-Handel in Deutschland stellt den stationären Handel insgesamt vor große Probleme.

Im Handel in Bayern gibt es rund 110.000 Unternehmen mit über 700.000 Beschäftigten. Insgesamt leisten die Beschäftigten eine hervorragende Arbeit, die bisher nicht den notwendigen Respekt und Wertschätzung erfahren hat, so dass nach Angaben von ver.di akut etwa 70 Prozent der Beschäftigten im Handel von Altersarmut betroffen sind.

Deshalb ist die Staatsregierung aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles zu tun und einen Zukunftsplan für den Handel in Bayern und seine Beschäftigten zu entwickeln und vorzulegen.

Die Staatsregierung kann z.B. durch geeignete Maßnahmen mit dazu beitragen, dass eine Verödung der Innenstädte und eine Entleerung ländlicher Räume mit Handelsbetrieben gestoppt werden kann.

Durch die Initiierung und Moderierung eines Dialogs zur Erhöhung der Tarifbindung kann sie gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften einen Prozess in Gang setzen, der am Ende zu einer gemeinsamen Strategie zur Erhöhung der Tarifbindung führen soll. Nur noch 30 Prozent der Beschäftigten arbeiten im Einzelhandel tarifgebunden, im Groß- und Außenhandel sind es nur noch 21 Prozent.

Darüber hinaus ist mit dem Zukunftsplan ein Konzept vorzulegen, das aufgrund der großen Herausforderungen die Beschäftigten einbindet und geeignete Entwicklungsperspektiven aufzeigt. Dies muss von einer Qualifizierungsinitiative in großem Stil begleitet werden.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/16958

Zukunftsplan für den bayerischen Handel

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über einen Zukunftsplan für den bayerischen Handel zu berichten.

In diesem Bericht sollen insbesondere folgende Fragen beantwortet werden:

1. Wie trägt die Staatsregierung dazu bei, die Arbeitsplätze der Beschäftigten im bayerischen Handel zukunftsfest zu machen?
2. Welche Maßnahmen ergreift sie, um die technologische Herausforderung durch den Online-Handel meistern zu können?
3. Mit welchen Maßnahmen will sie dem stationären Einzelhandel insgesamt, vor allem in den Innenstädten, eine Zukunft ermöglichen?

4. Mit welchen Maßnahmen will sie ein ausreichendes und qualitativ hochwertiges Handelsangebot in vielen Orten des ländlichen Raums gewährleisten?
5. Mit welchen Beratungs-, Kooperations- und innovativen Förderangeboten unterstützt sie den Handel?
6. Welche Initiativen ergreift sie, um einen Dialogprozess zur Erhöhung der Tarifbindung anzustossen?
7. Ist die Staatsregierung bereit, eine Qualifizierungsinitiative mit zu starten, die für die Beschäftigten Zukunftsperspektiven bietet?
8. Ist die Staatsregierung bereit, im Gespräch mit den Arbeitgebern und den Gewerkschaften einen Beschäftigungspakt für den Handel auf den Weg zu bringen, der die gravierenden Probleme wie Personalknappheit, unfreiwillige Teilzeitbeschäftigungen oder drohende Altersarmut dienstleistender Handelsberufe moderierend aufgreift, gemeinsame tragfähige Lösungskonzepte erarbeitet, beschließt und umsetzt?
9. Welche zusätzlichen marktwirtschaftlichen Mittel sind neben Kreditprogrammen, der Regionalförderung sowie der Förderung der Aus- und Weiterbildung erforderlich, um den Herausforderungen des bayerischen Einzelhandels durch E-Commerce begegnen zu können?
10. Welche innovativen Instrumente und Maßnahmen sind erforderlich, die stark mittelständig geprägte Branche beim derzeit stattfindenden Strukturwandel und härter werdenden Wettbewerb stabilisierend zu unterstützen?

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet
I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Annette Karl

Abg. Dr. Harald Schwartz

Abg. Johann Häusler

Abg. Thomas Mütze

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zunächst rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl,

Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)

Zukunftsplan für den bayerischen Handel (Drs. 17/16958)

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Annette Karl.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe anwesende zehn Kollegen!

(Zuruf von der CSU: Elf!)

– Danke für den Hinweis. – Am Dienstag haben in Bayern einige Tausend Beschäftigte des Einzelhandels gestreikt. Nun liegt es der SPD-Fraktion fern, sich in Tarifauseinandersetzungen einzumischen. Aber dieser Streik wirft ein Schlaglicht auf eine Branche, die inmitten der prosperierenden Wirtschaft Bayerns mit erheblichen Problemen zu kämpfen hat. Diese Branche mit 100.000 Unternehmen und mehr als 700.000 Beschäftigten gehört zu den großen in Bayern. Trotzdem ist sie aus dem Fokus der Staatsregierung in Bayern geraten.

Die Staatsregierung kümmert sich um den Maschinenbau, um die Chemie und um die Automobilindustrie. Sie trägt diese Branchen sozusagen auf einem goldenen Tablett durch die Gegend. Die Dienstleistungsbranche und der Handel finden dagegen kaum Beachtung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle müssen uns doch Sorgen darüber machen, dass im Handel 70 % der Beschäftigten von Altersarmut bedroht sind. Wir haben heute viel über die soziale Lage in Bayern gehört. Dazu gehört aber auch ein Blick auf die soziale Lage der Menschen im Handel, vor allem der Frauen, die größtenteils teilzeitbeschäftigt sind und an die maximale Anforderungen im Hinblick auf die Flexibilität gestellt werden.

Es ist kein Einzelfall, dass Frauen in einem Supermarkt wieder weggeschickt werden, wenn morgens wenig zu tun ist, um dann am Nachmittag angerufen zu werden, weil sie in der Stoßzeit arbeiten sollen. Diese Frauen können kaum ihre Arbeitszeit planen oder ihre Kinderbetreuung organisieren. Das ist eine wahnsinnige Belastung, und das alles für eine Entlohnung, die direkt in die Altersarmut führt. Der Einzelhandel berührt jeden Tag das Leben der Menschen. Schließt der Laden im Ort, stirbt damit auch ein Stück Lebensqualität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir erleben im Einzelhandel einen gigantischen Strukturwandel. Während große Unternehmen wie Amazon ihre Umsätze und Gewinne immer mehr steigern, haben kleine und mittlere Unternehmen mit massiven Problemen zu kämpfen. Ich nenne nur den ständig zunehmenden Online-Handel und das Ausbluten der Innenstädte. Im Dorf schließt der Lebensmittelladen, und in den Städten schießen Filialen von Konzernen wie H & M und ZARA wie Pilze aus dem Boden. Während familiengeführte Unternehmen verschwinden, werden die Innenstädte völlig austauschbar, genauso wie es das Warenangebot wird.

Es gibt vereinzelte Versuche, dem Lädensterben auf dem Lande entgegenzuwirken, zum Beispiel durch die Unterstützung von Dorfläden oder das eDorf im Stiftland im Landkreis Tirschenreuth, wo es gilt, innovative Nahversorgungskonzepte rund um den im Dorf existierenden Dorfladen zu entwickeln. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind jedoch Einzelaktionen und Stückwerk. Was fehlt, ist ein schlüssiges Konzept für diesen wichtigen Baustein für gleichwertige Lebensbedingungen.

Wir erleben im Handel einen Ausstieg aus der Tarifbindung. Nur noch 30 % der Beschäftigten arbeiten in tarifgebundenen Betrieben. Das treibt die Lohnspirale nach unten, und zwar von einem sehr niedrigen Niveau aus. Deshalb fordern wir von der Staatsregierung, sich endlich auch für diese Branche einen Kopf zu machen. Deshalb haben wir heute diesen Berichtsantrag vorgelegt.

In diesem Dringlichkeitsantrag geht es um die Frage, wie kleine Geschäfte besser unterstützt werden können, um sich auf die technologischen Herausforderungen durch den Online-Handel einzustellen. Ist der Digitalbonus ein Instrument, das dabei helfen kann, oder brauchen wir etwas anderes? Der Digitalbonus hat das Problem, dass die Mittel dafür bereits ausgeschöpft sind, obwohl er auf vier Jahre angedacht war.

Was können wir tun, um in ganz Bayern ein hochwertiges Handelsangebot zu gewährleisten? Wie schaffen wir einen Beschäftigungspakt, bei dem Arbeitgeber und Gewerkschaften gemeinsam Lösungskonzepte für die problematische Situation der Beschäftigten erarbeiten? Wie kann die Staatsregierung eine Qualifizierungsinitiative auf den Weg bringen, die den Beschäftigten Zukunftsperspektiven bietet?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kurzum: Kümmern wir uns um die 700.000 Beschäftigten im Handel! Geben wir ihnen und auch den vielen kleinen und mittleren Unternehmen im Einzelhandel die Wertschätzung und Unterstützung, die sie verdienen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Schwartz.

Dr. Harald Schwartz (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich ein gewisses Erstaunen ob der Tatsache zum Ausdruck bringen, dass ein Dringlichkeitsantrag dieses Inhalts gestellt wurde. Die erste Frage, die sich mir gestellt hat: Worin liegt wohl die Dringlichkeit? Haben sich die Antragsteller möglicherweise in der Form vertan und den falschen Kopf gewählt? Eine entsprechende Anfrage wäre wohl ebenso schnell beantwortet worden. Vielleicht werden aber mit dem hier gestellten Antrag andere Ziele verfolgt.

Noch eine Bemerkung vorweg: Wir werden, nachdem die SPD freundlicherweise von der gestrigen Form des Antrags einige Abstriche gemacht und den Antrag aufgrund einer Anregung angepasst hat, diesem Antrag zustimmen, weil es sich um einen rei-

nen Berichtsantrag handelt. Sie geben uns nämlich damit eine Steilvorlage, um die Erfolge und Bemühungen der Bayerischen Staatsregierung einmal mehr darzustellen und kundzutun. Sie geben uns damit auch die Gelegenheit, eine klare Abgrenzung vorzunehmen, nämlich eine Abgrenzung davon, was der eine oder andere möglicherweise beabsichtigt. Ich meine damit eine Abgrenzung von Eingriffen in die Wirtschaft.

Wir verfolgen nicht den Ansatz, bei Preisen, Standortbestimmungen, Sortimenten, beim Marketing, bei Vertriebswegen und bei der Werbung Eingriffe vorzunehmen. Nach unserem Dafürhalten muss es das Anliegen der Bayerischen Staatsregierung sein, den Handel zu unterstützen, wenn es singuläre Ereignisse gibt oder wenn im Markt sehr schnell hereinbrechende Veränderungen erfolgen. Hier müssen wir eine Infrastruktur anbieten, nicht mehr und nicht weniger.

Der bayerische Mittelstand, auch der Handel braucht nicht überall die führende Hand des Staates. Sie hatten bereits mehrere Punkte angesprochen und anders bewertet, als wir das möglicherweise tun. Ich darf aber zwei oder drei herausgreifen. Am 28.04. dieses Jahres fand der Digitalkongress Bayern statt. Dabei wurde unter anderem auch noch einmal der Digitalbonus in extenso dargestellt. Anders als Sie dürfen wir aber konstatieren – und ich glaube, wir tun das mit der Mehrheit der Betroffenen –, dass es sich bei dem Digitalbonus um einen glänzenden Erfolg handelt.

(Annette Karl (SPD): Das habe ich doch gesagt! Deshalb ist kein Geld mehr da!)

Das sieht man auch daran, dass bereits im ersten Halbjahr 1.700 Anträge vorlagen. Es handelt sich um eine bundesweit einzigartige Fördermaßnahme, mit der unbürokratisch geholfen wird. Wir haben hier zunächst 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Das ist möglicherweise noch zu verbessern, es zeigt aber, dass wir auf dem absolut richtigen Weg sind. Es ist auch zu berücksichtigen, dass wir nicht mit Scheuklappen auf die bayerische Wirtschaft schauen. Der Digitalbonus betrifft nicht nur den Handel, der besondere Aufmerksamkeit verdient, er betrifft alle Branchen, das Handwerk, das verarbeitende Gewerbe, den Bau, den Tourismus und so weiter. Ich habe übrigens

den Verdacht, dass die Dringlichkeit daher röhrt, dass man hier auf Veranstaltungen in dieser Woche reagieren möchte. Ver.di hat, unterstützt von anderen, zu Aktionstagen aufgerufen. Wie Sie dem Aktionsprogramm entnehmen können, kümmern wir uns aber auch dann um den Handel, wenn keine Großdemonstrationen durchgeführt werden.

Sie haben in Ihrem Berichtsantrag die Frage der Qualifikation angesprochen. Auch dazu gibt es bereits entsprechende Maßnahmen und Hinweise. Hier wäre der "Pakt für berufliche Bildung" anzusprechen, die Erhöhung beim Meisterbonus sowie zusätzliche 10 Millionen Euro, die in Bildungseinrichtungen der Wirtschaft fließen. Außerdem sind hier zusätzliche 5 Millionen Euro für die bayerischen Berufsschulen zu nennen. Das Modellprojekt "Digitale Einkaufsstadt Bayern" in Coburg, Günzburg und in Pfaffenhofen an der Ilm stellt eine völlig neue Möglichkeit dar. Der Innovationswettbewerb "Handel im Wandel" gemeinsam mit der Günther-Rid-Stiftung und der Unternehmer-TUM wären hier zu nennen.

Bei der Antwort auf diesen Berichtsantrag werden wir vieles zur Kenntnis nehmen. Ich bin froh, dass Sie uns einmal mehr die Möglichkeit geben, das Leistungsportfolio und das Paket an Maßnahmen vorzustellen, die eben nicht erst am Dienstag dieser Woche in Angriff genommen wurden. Das Parlament ist vielleicht der richtige Raum, aber wir sind uns einig, dass wir dem Landtag berichten wollen und nicht im Landtag.

(Erwin Huber (CSU): Sehr gut! – Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Häusler.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Angesichts der mittlerweile abgeschlossenen Tarifverhandlungen für den bayerischen Einzelhandel und des stattgefundenen Streiks hat die SPD heute ihren Dringlichkeitsantrag eingereicht, wie wir gerade gehört haben. Der Tarifabschluss, der unter schwierigen Rahmenbedingungen stattfindet, gibt nur bestimmte Entwicklungsmög-

lichkeiten und Chancen, und die sind sehr begrenzt. Den gefundenen Kompromiss kann man positiv sehen oder auch nicht, Tatsache ist aber, dass er dazu führt, dass diese Berufsgruppen auch künftig kein adäquates Arbeitseinkommen erhalten. Das ist eine Tatsache. Eines aber ist ganz wichtig, und darauf sollte man unbedingt hinweisen: Die akute Altersarmut von Verkäuferinnen und Kassiererinnen nimmt mittlerweile beängstigende Ausmaße an. Darüber sollten wir uns gesamtgesellschaftliche Gedanken machen. Wir stehen da in der Verantwortung. Die Branche hat deshalb versucht, nachdem sich die Tarifflucht vehement entwickelt hat, die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge als Verhandlungsgegenstand mit einzubringen. Leider müssen wir aber konstatieren, und das sieht man auch an der Anwesenheit hier, – –

(Franz Schindler (SPD): Wir sind doch hier!)

– Nein, nicht bei euch. Es ist aber beschämend, dass Verkäuferinnen in unserer Gesellschaft nicht die Lobby haben, und zwar über Jahre hinweg, die sie wirklich verdient haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind deshalb absolut dankbar dafür, dass dieser Berufsgruppe heute im Hohen Hause Gehör geschenkt wird. Ich glaube, das zu erwähnen, ist auch sehr wichtig. Es ist aber eine Tatsache: Der vorliegende Dringlichkeitsantrag ist eigentlich ein Verzweiflungsschrei. Der Antrag hätte nicht unbedingt als Dringlichkeitsantrag eingebracht werden müssen, aber die Gründe dafür wurden genannt. Dagegen haben wir nicht unbedingt Vorbehalte.

Das ist ein reiner Berichtsantrag, der sich auf zehn Fragen beschränkt. Diesen zehn Fragen könnte man weitere Fragen anfügen. Ich nenne einige Beispiele: Inwieweit kann der Gesetzgeber in diesen freien Markt eingreifen? Soll möglicherweise der Wettbewerb eingeschränkt werden? – So ähnlich diskutieren wir das derzeit bei den Apotheken. Wir haben hier eine EU-Verordnung mit der Freigabe, aber die Bundesregierung versucht, das im nationalen Bereich rückgängig zu machen. Eine weitere

Frage: Wie soll die Grundversorgung künftig generell sichergestellt werden? Auch das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Tatsache ist aber – und das ist durchaus beängstigend, möglicherweise für den einen oder anderen auch hoffnungsvoll –, dass die Online-Dienstleistungen überall und zeitunabhängig verfügbar sind. Das gilt auch für die letzte Einöde. Das ist auch eine Frage der Akzeptanz.

Tatsache ist aber auch, dass wir generell im Einzelhandel einen rasanten Strukturwandel haben, vor allem in den Bereichen Mode, Unterhaltungselektronik und Telekommunikationsartikel. Es herrscht ein fürchterlich ruinöser Wettbewerb. Die Entwicklung des E-Commerce ist besorgniserregend und konzentriert sich immer stärker auf die drei großen Player: Amazon, Otto und Zalando. Sie konnten im letzten Jahr einen Jahresumsatz von über elf Milliarden Euro auf sich vereinigen. Das ist rund ein Viertel aller Online-Umsätze in Deutschland. Die E-Commerce-Aktivitäten haben sich in den letzten zehn Jahren fast verdreifacht nach dem Motto: Fressen oder gefressen werden. Wie sollen unsere Innenstädte, unsere Ortszentren im ländlichen Raum angesichts dieser Entwicklung revitalisiert werden? Viele werden sich deshalb selbst dem Online-Handel öffnen oder sich dem öffnen müssen. Ich sage es aber sehr bewusst: Unsere kleinen Einzelhändler können diesen Wettbewerb dauerhaft nur unter schwierigem persönlichen Engagement und unter Verzicht standhalten.

Es stellt sich also die Frage nach einer grundsätzlich gerechten Entlohnung und letzten Endes auch die Frage der Arbeitsplatzsicherheit, die dauerhaft aber nicht gegeben sein wird, wie dargelegt wurde. Familienbetriebe erwirtschaften oftmals noch nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn. Deshalb werden wir diesem Antrag selbstredend unsere Unterstützung gewähren. Ich appelliere aber jeden von uns hier in diesem Haus, sich selbst in die Pflicht zu nehmen. Jeder kann ein Stück beitragen. Eines müssen wir uns künftig noch stärker auf die Fahnen schreiben als bisher, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Mehr gesetzliche Gängelungen, mehr bürokratische Hürden führen generell dazu, die letzten Familienbetriebe und mittelständischen Handelshäuser vor Ort eher zur Aufgabe als zum Weitermachen zu motivieren. Es handelt sich um

eine hochinteressante Aufgabenstellung für die Bayerische Staatsregierung. Ich hoffe auf eine erkenntnisreiche Berichterstattung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Mütze.

(Erwin Huber (CSU): Jetzt geht's auf!)

Thomas Mütze (GRÜNE): – Vielen Dank für Ihre Vorschusslorbeeren, Herr Huber. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, Aufgabe der Politik ist es – jedenfalls sehen wir das so –, gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen, in diesem Fall für den Handel. Das haben unserer Meinung nach CSU und Staatsregierung in den vergangenen Jahren nicht getan. Es ist klar, gerade außerhalb der großen Ballungsräume steht der Einzelhandel vor großen Herausforderungen. Die Staatsregierung hat aber schon vor Jahren die Weichen falsch gestellt. Es wurden schon damals keine Maßnahmen getroffen, um die Großmärkte auf der grünen Wiese einzudämmen, im Gegenteil, liebe Kolleginnen und Kollegen. Indem die CSU Ende 2010 in Gemeinden im ländlichen Raum Lebensmittelgeschäfte mit bis zu 1.200 qm Verkaufsfläche ohne landesplanerisches Zielabweichungsverfahren zugelassen hat, anstatt wie vorher mit 800 qm, hat sie das Sterben kleiner Läden innerorts weiter befördert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zudem wird in der Landesplanung nicht konsequent auf die Innenentwicklung gesetzt. Vom vorliegenden Entwurf des Landesentwicklungsprogramms wird mit der Abschaffung des Anbindegebots mittelfristig auch der Einzelhandel betroffen sein, auch wenn Minister Söder das Gegenteil behauptet. Lieber Herr Kollege Schwartz, hier ist durchaus die Dringlichkeit im SPD-Antrag zu sehen. Klar ist, dass über das LEP aktuell diskutiert wird. Selbst Kollege Huber hat schon darauf hingewiesen, dass er zukünftig auf

den Autobahnen in Bayern nicht durch Bänder von Gewerbegebieten und Logistikhallen fahren möchte.

Zur SPD: Wir stimmen ihrem Antrag zu, weil es ein Berichtsantrag ist. Wir sehen es aber nicht als Aufgabe der Politik, einen Zukunftsplan für den bayerischen Handel zu entwickeln. Das muss der bayerische Handel schon selber machen. Die Politik muss schauen, wie sie diesen Plan unterstützen kann. Vielleicht wäre es auch einmal wieder an der Zeit, über den Ladenschluss zu diskutieren. Bei diesem Thema halten wir uns hier im Hohen Haus sehr bedeckt. Der Ladenschluss ist aber ein ganz anderes Thema, und darüber reden wir ein andermal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/16958 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.